



## **Sigrid Hupach**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE  
Leiterin des Arbeitskreises Lebensweise und Wissen  
Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Statement für SOZIOkultur

### **Antworten auf die Fragen zur Bundestagswahl 2017**

\* \* \* \* \*

#### **10 Jahre Bericht „Enquete Kommission „Kultur in Deutschland“**

*von Ellen Ahbe*

Im Dezember 2007 hat die auf Initiative der rot-grünen Koalition 2003 eingesetzte und in der folgenden Legislaturperiode fortgesetzte Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ihren Schlussbericht (BT-Drs. 16/7000) vorgelegt. Darin sind knapp 400 Empfehlungen an Bund, Länder und Kommunen formuliert. Der Bericht ist eine umfassende Darstellung der kulturellen Infrastruktur in Deutschland.

Im Kontext der öffentlichen und privaten Förderung und Finanzierung von Kunst und Kultur (Kapitel 3) hat sich die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ auch mit der Bedeutung der Soziokultur und Soziokultureller Zentren beschäftigt und kommt zum Ergebnis, dass die Anerkennung Soziokultureller Zentren und ihrer Arbeit zunimmt und die durch sie eröffneten Zugänge zu Kultur auch für andere Kulturinstitutionen wichtige Anregungen geben. Die Forderungen, die an die Kommunen und Länder als Hauptträger soziokultureller Arbeit, aber auch an den Bund im Rahmen seiner gesamtstaatlichen Verantwortung gerichtet sind, beziehen sich explizit auf diese spezielle Form von Kultureinrichtungen.

Zehn Jahre nach Erscheinen des Berichtes schlägt zu Buche, dass im Jahr 2009 mit Unterstützung aller Bundestagsfraktionen die Evaluation von soziokulturellen Arbeits- und Wirkungsweisen realisiert werden konnte und in die Publikation „Ist Soziokultur lehrbar?“ mündete.

Die Förderung der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren (BuSZ) wurde auf Beschluss des Bundestages im Jahr 2014 den aktuellen Anforderungen an einen bundesweit agierenden Dach- und Fachverband angepasst.

Auch die Mittel des Fonds Soziokultur wurden in der Zwischenzeit merklich erhöht. Jetzt kommt es darauf an, dass weitere für die Soziokultur wichtige Handlungsempfehlungen nicht in Vergessenheit geraten:

1. „Die Enquete-Kommission empfiehlt den Ländern und Kommunen, soziokulturelle Zentren als eigenständigen Förderbereich in der Kulturpolitik zu identifizieren, zu institutionalisieren und weiterzuentwickeln. Sie empfiehlt darüber hinaus, die besonderen Erfahrungen soziokultureller Zentren zum Beispiel auf Interkulturalität, Teilhabechancen und Einfluss auf die Lebensqualität auszuwerten und daraus gegebenenfalls Handlungsempfehlungen für andere kulturelle Bereiche zu entwickeln.“

Im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl werden die Fachpolitiker/-innen aller im Bundestag vertretenen Parteien um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:



## **Sigrid Hupach**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

### **1. Werden Sie und Ihre Fraktion sich – und wenn ja, wie – in der kommenden Legislaturperiode für die Umsetzung der oben genannten Handlungsempfehlung der Enquete-Kommission zu den Soziokulturellen Zentren einsetzen?**

Die Empfehlungen der Enquete-Kommission stellen einen geeigneten Handlungsleitfaden für die Kulturpolitik auf allen politischen Ebenen dar, wurden aber unserer Ansicht nach viel zu wenig dafür genutzt. Wir fordern nach wie vor die angemessene Finanzierung der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren. Dabei ist für uns ein Dachverband kein „Projekt“, sondern muss institutionell gefördert werden – auch dies war eine Handlungsempfehlung der Enquete-Kommission. Wir haben lange für die Herauslösung auch des Fonds Soziokultur aus der Kulturstiftung des Bundes gestritten, um ihn bedarfsgerecht finanzieren zu können. Der zweite Teil dieser Empfehlung ist jedoch bis heute noch nicht eingelöst. Insbesondere bei inter- und transkulturellen Projekten halten wir es für grundsätzlich falsch, von temporären Vorhaben auszugehen, die ein einziges Mal mit Sondermitteln finanziert werden könnten. Die dafür entwickelten Programme brauchen eine langfristige Perspektive. Die oben genannte, vorrangig an Länder und Kommunen gerichtete Handlungsempfehlung unterstützen wir vom Grundsatz her und sind überzeugt, dass ein Bundeskulturministerium deren Umsetzung befördern könnte. Dort ließe sich ein länderübergreifender Erfahrungstransfer bei demokratie- und diversitätsfördernden Ansätzen gut organisieren und eine Kulturentwicklungskonzeption erarbeiten, die eine gute Grundlage auch für die Arbeit der soziokulturellen Zentren darstellen würde.

### **2. Welche weiteren Handlungsempfehlungen – auch aus anderen Kapiteln des Abschlussberichtes - halten Sie für die Zukunft der Soziokulturellen Zentren ebenfalls für bedeutungsvoll?**

Nach wie vor streitet DIE LINKE für die Aufnahme eines Staatsziels Kultur ins Grundgesetz, mit der wir eine Stärkung der Kultur in ihrer ganzen Vielfalt und eine Absage an den neoliberalen Zeitgeist verbinden. Zudem engagieren wir uns für eine Aufhebung des sogenannten Kooperationsverbots für alle Bildungsbereiche und einen Ausbau des kooperativen Kulturföderalismus. Gerade für die kulturelle Bildung ist eine bessere Abstimmung und Verzahnung von Bundes- und Landesprogrammen notwendig. Wir halten die Stärkung der kulturellen Infrastruktur für nachhaltiger, als ständig neue Projekte auszurufen, deren Weiterführung unklar bleibt. Länder und Kommunen müssen so ausgestattet werden, dass sie ihren Aufgaben gerade auch im Bereich der Kultur nachkommen und eine Vielfalt der kulturellen Angebote sichern können. Die soziokulturellen Zentren sind dabei ein wichtiger Ankerpunkt. Zentral ist für uns zudem, dass endlich etwas gegen die prekäre Lage von Künstlerinnen und Künstlern getan wird. DIE LINKE streitet für gute, existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherung im Kulturbereich, die die geänderten Arbeitsbedingungen und -verhältnisse ausreichend berücksichtigt. Wir wollen die Vergabe öffentlicher Fördermittel an die Einhaltung sozialer Mindeststandards (u.a. branchenspezifische Mindesthonorare und Geschlechtergerechtigkeit) koppeln, die Künstlersozialkasse erhalten und sie an „hybride“ Erwerbsformen anpassen sowie endlich die ALG-I-Regelung für überwiegend kurzfristig Beschäftigte reformieren.



## **Sigrid Hupach**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

**3. In den nunmehr 35 Jahren soziokultureller Arbeit auf Bundes- und Landesebene sowie der wesentlich länger andauernden praktischen Arbeit und gelebter Soziokultur in den Zentren und Initiativen sind nicht nur eine Menge Dokumente kulturpolitischer und alltäglicher soziokultureller Praxis entstanden. Aus dieser Arbeit resultiert auch ein großes politisches, soziales, gesellschaftliches, prozessuales und künstlerisches Wissen, das sich u.a. an Archivalien ablesen und erforschen ließe. Da auch im Bereich der Soziokultur ein umfassender Generationenwechsel ansteht, aus dem in den kommenden Jahren eine noch nicht abzuschätzende Lücke an spezialisiertem Wissen entstehen wird, hat die BuSZ auf Impulse der Landesvereinigungen hin beschlossen, die Einrichtung eines Archivs der Soziokultur zu projektieren und voranzutreiben. Werden Sie und Ihre Fraktion eine konkrete drastische Maßnahme ergreifen, um die Einrichtung eines solchen Archives zu ermöglichen?**

Die Dokumentation und archivarische Aufarbeitung der soziokulturellen Arbeit ist ein Anliegen, das wir gern unterstützen. Wünschenswert ist, wenn dabei nicht allein die Bundesvereinigung, sondern auch die Vorläufer soziokultureller Zentren und alle Regionen Deutschlands relevanter Sammlungsgegenstand werden. Ein solches Archiv aufzubauen und konstant zu pflegen, ist nicht ehrenamtlich zu leisten und muss als Daueraufgabe auch von Seiten der öffentlichen Hand anerkannt werden. Für uns LINKE würde die Unterhaltung eines solchen Archivs der Soziokultur feste Aufgabe einer auch institutionell geförderten Bundesvereinigung sein.

\* \* \* \* \*